

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang

Berlin, den 28. Mai 1954

Nummer 22

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunkturlage Mitte Mai 1954

In den westeuropäischen Volkswirtschaften hat die Frühjahrsbelebung — mag sie im einzelnen stärker auf heimischer Bau- und Investitionstätigkeit, privatem Verbrauch oder Ausfuhr beruhen — das saisonale Ausmaß überschritten. Sie trägt Züge eines sich an einen starken Konjunkturaufschwung anschließenden gesunden normalen Wachstums. In Auswirkung dieser regen Wirtschaftstätigkeit in den Industriestaaten, ferner infolge gewisser staatlicher Stützungsmaßnahmen, aber auch leichter Haussefaktoren welt-politischer Herkunft hat sich zu gleicher Zeit eine Festigung an den Weltmärkten durchgesetzt. Das Phänomen einer von der wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten nunmehr seit fast Jahresfrist unabhängigen Konjunktur der übrigen westlichen Weltwirtschaft wird hierdurch besonders unterstrichen.

Kurzfristig scheint diese relative Unabhängigkeit der westlichen Welt vom amerikanischen Wirtschaftsgeschehen auch weiterhin gesichert. Wenn auch der übrigen Welt infolge des Rückgangs der amerikanischen Wareneinfuhren bereits in den sechs Monaten von Oktober 1953 bis März 1954 im Vergleich mit den entsprechenden Vorjahrsperioden ein Ausfall von 0,5 Mrd. \$ entstanden ist, so garantieren doch die politisch bedingten Dollarzuflüsse (militärische Hilfe, Truppenaufwendungen, off-shore-Käufe) der übrigen Welt einen gewissen außenwirtschaftlichen Spielraum für eine weitere Expansion ohne die Gefahr einer unmittelbaren Dollarkrise.

Langfristig jedoch bleibt die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten der entscheidende Faktor ungestörter internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

Das amerikanische Konjunkturbild im Mai 1954

Der Konjunkturrückgang, der in den Vereinigten Staaten Mitte 1953 eingesetzt hatte, verlang-

samte sich in den letzten Monaten beträchtlich. Gegenwärtig wird das amerikanische Konjunkturbild durch die Symptome der normalen saisonalen Frühjahrserholung bestimmt; aber es ist durchaus möglich, wenn auch noch nicht mit Sicherheit zu erkennen, daß auch die konjunkturellen Abschwungskräfte im Begriff stehen, sich zu erschöpfen. Im ersten Vierteljahr 1954 sank das Brutto-sozialprodukt (saisonbereinigt und Jahresrate) noch um weitere 5,5 Mrd. \$, das sind rund 1,5 vH, auf 358 Mrd. \$, wobei der Rückgang wieder fast ausschließlich — wie schon im letzten Vierteljahr 1953 — auf Lagerdesinvestitionen beruhte.

Die gesamten privaten Konsumausgaben konnten sich dagegen im ersten Vierteljahr 1954 infolge der allgemeinen Einkommensteuersenkung zu Beginn dieses Jahres ungefähr auf dem Niveau des vierten Vierteljahres 1953 halten; doch verschob sich der Anteil einzelner Verbrauchsgruppen am Gesamtverbrauch. Die Ausgaben für Dienstleistungen stiegen auf Kosten der Ausgaben für dauerhafte Güter um rund 1 Mrd. \$ (saisonbereinigt und Jahresrate).

Die Frühjahrsbelebung zeigte sich besonders bei den Einzelhandelsumsätzen und auf dem Arbeitsmarkt. Sie hat auch ein weiteres Sinken der Einfuhr zunächst verhindert. Ein neuer Konjunkturaufschwung wurde jedoch mit ihr nicht eingeleitet. Gegen die Annahme einer endgültigen Überwindung der „recession“ spricht jedenfalls die weiterhin noch ungünstige Entwicklung der Produktion und des Absatzes dauerhafter Güter. Während die Produktion und der Verbrauch an nicht dauerhaften Konsumgütern sich — von Saisonschwankungen abgesehen — in den ersten Monaten dieses Jahres stabilisiert hat und kaum noch eine übermäßige Lageranreicherung in diesem Wirtschaftssektor (einschließlich des Han-

dels) vorliegt, ist die Produktion und der Verbrauch an dauerhaften Verbrauchsgütern auch im zweiten Vierteljahr 1954 wenigstens bisher weiter gesunken und darüber hinaus die Anpassung der Läger dauerhafter Güter an den sinkenden Umsatz noch nicht in ausreichendem Maße gelungen.

Ob sich in der nächsten Zukunft auch der Verbrauch an dauerhaften Gütern stabilisieren wird, hängt neben der tatsächlichen Einkommensentwicklung entscheidend von den Zukunftserwartungen der Konsumenten über die weitere Einkommensentwicklung ab.

Expansive Impulse gehen gegenwärtig nur von den Bauinvestitionen aus. Ihr Umfang ist — saisonbereinigt — im ersten Vierteljahr 1954 gegenüber dem vierten Vierteljahr 1953 um rund 5 vH gestiegen; im April hat sich dieser Anstieg fortgesetzt. Die gewerblichen Anlageinvestitionen sollen — nach den neuesten Umfragen zu schließen — zwar nicht weiter gesenkt, jedoch auch nicht gesteigert werden. Der Zwang zur Rationalisierung des Produktionsapparates bei verstärkter Konkurrenz bewirkt zwar offensichtlich trotz eines nicht mehr wachsenden Industrieabsatzes noch die Aufrechterhaltung des bestehenden Investitionsniveaus, reicht aber nicht zu seiner Erhöhung aus.

Von den Finanzen des Bundes werden im letzten Vierteljahr des Finanzjahres 1953/54 und auch im Finanzjahr 1954/55 nicht mehr gleich starke kontraktive Wirkungen ausgehen wie in den ersten drei Quartalen dieses Finanzjahres. Die Abnahme der Verteidigungsausgaben, auf die sich der Rückgang der Staatsausgaben allein beschränkte, wird sich nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge in Zukunft abflachen. Darüber hinaus kann auch die Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden, daß die weitere politische Entwicklung wieder eine neue Steigerung erzwingt.

Da bei der Unsicherheit über die künftige Einkommensentwicklung nicht mit einer autonomen Steigerung der privaten Konsumtion, d. h. mit einer Abnahme der Sparquote zu rechnen ist, sind gegenwärtig — abgesehen von der Baukonjunktur — noch keine Kräfte zu erkennen, die einen neuen konjunkturellen Aufschwung herbeiführen könnten.

Die gegenwärtige Situation in Westdeutschland

Die zu Beginn dieses Jahres noch offene Frage, ob ein weiterer Fortschritt der westdeutschen Wirtschaft durch Rückschläge der internationalen Konjunktur gefährdet werden könnte, hat somit an Aktualität verloren. Die positiven jüngsten Entwicklungstendenzen der Weltkonjunktur, wie die Festigung der internationalen Rohstoffmärkte, die verstärkte Expansion innerhalb der westeuropäischen Wirtschaft, die weitere Anreicherung der westeuropäischen Gold- und Devisenbestände und vor allem die Tatsache, daß zumindest keine besorgniserregende Verschlechterung des amerikanischen Konjunkturverlaufes

sichtbar geworden und auch kaum mehr zu befürchten ist, berechtigen zu einem vorsichtigen Optimismus.

Durch die Festigung der internationalen Situation ist jedoch für Westdeutschland ein anderes Problem in den Vordergrund gerückt. Es ist dies die Frage, ob nicht unter diesen verbesserten Bedingungen der Expansionspielraum Westdeutschlands stärker als bisher durch eine Anregung der Wirtschaftstätigkeit ausgenutzt werden könnte. Bejaht man die Notwendigkeit, den inneren Fortschritt zu verstärken, so läuft dies letzten Endes auf die Forderung hinaus, die bisher vornehmlich von der Außenwirtschaft bestimmte Expansion auf die Binnenwirtschaft zu verlagern. Neigt man dagegen der Auffassung zu, daß vor allem der Export gepflegt werden sollte, so müßte der binnenwirtschaftliche Fortschritt in Grenzen gehalten werden.

Die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung Westdeutschlands, die gerade in den letzten Wochen eher durch eine Verstärkung als durch eine Verringerung des Fortschritts tempos gekennzeichnet ist, zeigt nun, daß die Grenze zwischen den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Verwirklichung der einen oder der anderen Forderung flüchtig ist. Die monetären Instanzen beispielsweise, die traditionsgemäß mehr der zweiten Auffassung zuneigen, dokumentieren in ihren geldpolitischen Maßnahmen (wie neuerdings wieder der Diskontsenkung sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik), daß sie entweder aus konjunkturpolitischen Erwägungen bereit sind, die von der Außenwirtschaft ausgehenden Impulse sich frei und ungehindert auswirken zu lassen oder daß sie schon aus sog. markttechnischen Gründen (Ausgleich des internationalen Zinsgefälles) auf diese Linie verwiesen werden. Wenn die Wirkung dieser elastischen Handhabung der Geld- und Kreditpolitik auf die innere Expansion bisher verhältnismäßig bescheiden geblieben ist, so lag dies einmal am Verhalten der Wirtschaft selbst, die noch immer erst mit erheblicher Verzögerung auf Senkung der Kreditkosten in der Gestaltung ihrer Investitionspläne antwortet; doch lag dies auch daran, daß die Zinssenkung erst noch durch die vielfältigen institutionellen Verhärtungen hindurch bis zum Kapitalmarkt „durchbrechen“ muß, was bisher nicht nur durch das Steuersystem weitgehend verhindert worden ist, sondern auch dadurch, daß die Zinssenkung am Geldmarkt weitgehend nur als vorübergehend angesehen wurde, was ihre Durchschlagskraft auf dem Kapitalmarkt erheblich beeinträchtigte. Die demonstrative Wirkung von Diskontsenkungen, wie den jüngst in verschiedenen Ländern erfolgten, ist daher vielleicht sogar größer als ihre unmittelbar marktmäßige. Aber noch entscheidender für die in diesem Sinne noch immer ungenügende Auflockerung des Kapitalmarktes war auch in den letzten Monaten zweifellos das Verhalten der Öffentlichen Hand. Die Überschuldbildung in den öffentlichen Kassen scheint jedoch

bereits heute und mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Monaten verstärkt abzunehmen. Unter den so veränderten Voraussetzungen sind naturgemäß alle Forderungen, die — ohne Rücksicht auf diese bevorstehende Veränderung der allgemeinen Situation — eine weitere Verstärkung der inneren Expansion verlangen, zu überprüfen.

Ein weiteres stetiges Wachstum der Wirtschaft ist vermutlich mit der zusätzlich erwarteten und zum Teil im Verhalten der Wirtschaft bereits eskomptierten Hilfe der Öffentlichen Hand (Steuersenkung und erhöhte Ausgaben der Besatzungsmächte) gesichert. Aus diesem Grunde, aber auch im Hinblick auf das erstrebte Ziel einer endgültigen Konvertibilität wäre daher zum Beispiel eine bis an die Grenzen des an sich Möglichen gehende Ausschöpfung der äußeren Expansionsreserven jedenfalls im gegenwärtigen konjunkturellen Stadium nicht zu empfehlen und auch nicht nötig.

Die gegenteilige Auffassung findet zwar für ihre Forderungen nach verstärkter innerer Expansion insofern eine gewisse Stütze, als eine der wichtigsten konjunkturellen Antriebskräfte, nämlich die Wachstumsrate des privaten Verbrauchs

in den ersten Monaten des laufenden Jahres anscheinend etwas zurückgegangen ist. Dem steht auf der anderen Seite der wieder verstärkte Fortschritt der Investition — und zwar nicht nur der konjunkturell besonders verlässlichen Bauinvestition, sondern vor allem auch der industriellen Anlageinvestition — gegenüber.

Bestimmend für den gegenwärtigen konjunkturellen Fortschritt wäre damit nicht mehr — wie in hohem Maße im vergangenen Jahr — der Konsum, sondern die Investition einschließlich der Ausfuhrüberschüsse. Wenn sich auch die Zuwachsrates der Ausfuhrüberschüsse gegenüber dem Vorjahr verringert hat, so ist mit einem Ausfuhrüberschuß von rund 1,5 Mrd. DM im ersten Viertel dieses Jahres doch ein neues Rekordergebnis erzielt worden.

Da schon im Rahmen der bisherigen Entwicklung die beiden wichtigsten Fortschrittskomponenten, Verbrauch und Investition, einem stetigen Wandel unterlagen, dürfte auch die jetzige Verlangsamung der Verbrauchszunahme bei wieder verstärktem Wachstum der Investition nur eine der konjunkturell sekundären Veränderungen im allgemeinen Wachstum des westdeutschen Sozialproduktes widerspiegeln.

Zur Situation des Handwerks im Bundesgebiet

Rückblick auf das Jahr 1953

Die Entwicklung der Umsätze des Handwerks im Jahre 1953 zeigt deutlich, daß dieser Wirtschaftsbereich auch im vergangenen Jahr eine weitere Steigerung seiner Leistungen aufzuweisen hatte. Mit einem Umsatz von 32 bis 33 Mrd. DM lag 1953 im Bundesgebiet der gesamte Handwerksumsatz um 7 bis 8 vH¹⁾ höher als 1952. Diese Entwicklung ist schon deshalb bedeutungsvoll, weil die Nachfrage nach Handwerksarbeit fast ausschließlich vom Binnenmarkt ausgeht und nicht wie bei der Industrie zu einem wesentlichen Teil von der Auslandsnachfrage bestimmt wird.

Die innere Bereinigung im Handwerk, die bereits 1949 begann, setzte sich auch 1953 fort. Von Ende 1952 bis Ende 1953 verringerte sich die Zahl der Handwerksbetriebe um 20 000 auf etwa 795 000 Betriebe und erreichte damit annähernd wieder den gleichen Stand wie 1939. Verschiedene Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß der Rückgang des Bestandes an Handwerksbetrieben sich verlangsamt. Er war im letzten Jahr mit Ausnahme des ersten Quartals²⁾ bereits nicht mehr so stark wie 1952. Auch die Zahl der Konkurse des Handwerks war im Jahre 1953 niedriger als 1952. Zum Teil wurde das starke Übergewicht der Betriebs-schließungen über die Neuzugänge, allerdings auch durch vermehrte Anmeldungen von Betrieben vor Einführung des „großen Befähigungsnachweises“ gemildert³⁾.

¹⁾ Auf Grund neuerer Unterlagen mußten die Umsatzschätzungen der letzten Jahre korrigiert werden, so daß sich geringfügige Abweichungen von den im Wochenbericht Nr. 41/1953 genannten Zahlen ergaben.

Die Löschungen von Betrieben in der Handwerksrolle zu Beginn eines Jahres stellen in der Regel nur die nachträgliche offizielle Feststellung einer bereits im Vorjahr vollzogenen Schließung des Betriebes dar.

Während die Zahl der Betriebe abnahm, stieg die Zahl der Beschäftigten 1953 weiterhin an. Sie betrug am Ende des vergangenen Jahres etwa 3,6 Millionen. Dadurch stieg die Betriebsgröße von 4,3 Beschäftigten je Betrieb 1952 auf 4,5 im Jahre 1953.

Betriebe und Beschäftigte im Handwerk des Bundesgebietes

Jahr	Zahl der Betriebe in 1000	Betriebsdichte (Betriebe je 1000 Einw.)	Zahl der Beschäftigten in 1000	Durchschnittliche Betriebsgröße (Beschäftigte je Betrieb)
1939	792	20,1	2 610	3,3
1949	864	18,3	3 060	3,5
1950	847	17,7	3 230	3,8
1952	815	16,8	3 500	4,3
1953	795	16,2	3 600	4,5

Die Veränderung der Handwerksstruktur

Die Daten über das Jahr 1953 lassen deutlich die zunächst doppelgleisig erscheinende Entwicklung von Leistung und Betriebsbestand erkennen. Die Abnahme der Betriebszahl bei gleichzeitiger Zunahme der Beschäftigtenzahl weist außerdem bereits auf einen echten Strukturwandel im Handwerk hin.

Als Ausgangspunkt dieser Strukturveränderungen ist vor allem die verstärkte Mechanisierung im Handwerk anzusehen. Sie setzte schon vor dem zweiten Weltkrieg ein. Zwischen 1926 und 1931 betrug die je Handwerksbetrieb installierte Kraftleistung noch durchschnittlich 1,5 bis 1,6 PS. Im Jahre 1949 war sie

³⁾ Mit Einführung der Bundes-Handwerksordnung im September 1953 wurde auch in Süddeutschland die bestandene Meisterprüfung wieder als Voraussetzung für die Eröffnung eines Handwerksbetriebes („Großer Befähigungsnachweis“) eingeführt.

jedoch nach der Handwerkszählung bereits auf 3,7 PS angewachsen und beträgt damit mehr als 1 PS auf jeden der im Handwerk Tätigen (einschl. Lehrlinge). In den darauffolgenden Jahren hat sich diese Entwicklung noch weiter fortgesetzt, denn der steigende Maschineneinsatz innerhalb des Handwerks ist eine notwendige Anpassung an die Entwicklung der Industrie in den letzten Jahrzehnten und den damit verbundenen stärkeren Wettbewerbsdruck auf das Handwerk.

Da eine größere Maschinenausstattung gleichzeitig erhöhte fixe Kosten im Betrieb zur Folge hat, muß der einzelne Betriebsinhaber eine Umsatzausweitung, d. h. ein vergrößertes Auftragsvolumen, zu erreichen suchen. Die Wirtschaftlichkeit eines Handwerksbetriebes setzt daher heute im allgemeinen bei einer anderen Betriebsgröße ein als vor dem Kriege. Nur so ist auch der Rückgang der Zahl der Betriebe in den Jahren nach 1948, der überwiegend ein Ausscheiden der Kleinstbetriebe war, und das gleichzeitige Steigen der Beschäftigtenzahl sowie der Umsätze zu erklären. Die Entwicklung der durchschnittlichen Betriebsgröße, die von 3,3 Beschäftigten im Jahre 1939 auf 4,5 im Jahre 1953 gestiegen ist, läßt diesen Trend in aller Klarheit erscheinen. Im Zuge der Betriebsvergrößerung fand — ebenfalls zwangsläufig — auch das kaufmännische Element vermehrten Einlaß in das Handwerk.

Ausblick

Aus der augenblicklichen Situation des Handwerks lassen sich verschiedene Schlüsse auf die weitere Entwicklung ziehen. Der Rückgang der Betriebszahl scheint sich, wie erwähnt, zu verlangsamen. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im laufenden Jahr ist noch ungewiß; abgesehen von einem Anwachsen des Lehrlingsbestandes ist jedoch nicht mit einer wesentlichen Zunahme der Beschäftigten zu rechnen, so daß die durchschnittliche Betriebsgröße nur geringfügig steigen dürfte.

Im Bereich der Kreditversorgung des Handwerks bahnt sich seit einiger Zeit eine wichtige Entwicklung im Bundesgebiet an. Die Vergrößerung der Betriebe und ihrer Anlagen macht in immer stärkerem Maße die Einschaltung von Krediten für die Investitions- und Auftragsfinanzierung notwendig. Die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten während des Aufschwungs nach 1948 bestehen in der gesamten Wirtschaft nicht mehr. Das Handwerk muß jedoch den in den letzten Jahren gestiegenen Ansprüchen an seine Leistungsfähigkeit genügen können, wenn es in dem mit der Abschwächung der Wiederaufbaukonjunktur heftiger werdenden Wettbewerb erfolgreich auf dem Markt bleiben will. Bankkredite sind dem Handwerk wegen der im allgemeinen geforderten Sicherheiten aber nur schwer zugänglich. Um diese Schwierigkeiten zu überbrücken, werden deshalb bereits seit einiger Zeit mit Unterstützung des Bundes Bürgschafts- und Garantiegemeinschaften vorbereitet. Gleichzeitig versucht man auch durch Einführung von Teilzahlungsgemeinschaften die Außenstände (die Forderungen an Kunden betragen im Handwerk zur Zeit etwa 1,7 Mrd. DM) und den dadurch bedingten Kreditbedarf des Handwerks zu

verringern. Nach der bisherigen Entwicklung ist ein Erfolg dieser Bestrebungen bereits im laufenden Jahr zu erwarten. Damit würde die bisher bestehende Beschränkung der Kreditaufnahmemöglichkeiten des Handwerks in einem wesentlichen Punkt fallen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der beschrittene Weg nur ein Ausweg aus der Kreditproblematik des Handwerks ist. Eine wirkliche Lösung wird nur über die Stärkung der Kreditwürdigkeit des Handwerks durch Verbesserung des Rechnungswesens der Betriebe und des kaufmännischen Denkens der Betriebsinhaber erreicht werden können. Da, wie gesagt, eine Fortsetzung der Mechanisierung und die Erneuerung der Anlagen auf die Dauer ohne Kredithilfe nicht mehr in ausreichendem Maße durchgeführt werden kann, sind aber heute die Kredit-Garantiegemeinschaften nicht zu entbehren.

In enger Beziehung hierzu steht ein weiteres Handwerksproblem: Die steigende Anlageintensität verlangt vom jungen Handwerker, der sich selbständig machen will, bereits eine recht erhebliche Summe für die Beschaffung der notwendigen Anlagen. Der Schritt in die Selbständigkeit ist damit in der letzten Zeit wesentlich erschwert worden. Ein wichtiger Anreiz für die Erlernung eines Handwerksberufes droht durch diese Entwicklung zu verschwinden. Im laufenden Jahr ist zwar die Zahl der Lehrstellenanwärter gegenüber dem Vorjahr noch weiter gestiegen, ab 1955 wird sie aber im Zusammenhang mit der Geburtenentwicklung seit 1941 ständig absinken. Angesichts der Überalterung der Betriebsinhaber ergibt sich für das Handwerk daraus das Problem, trotz erschwelter Berufschancen eine stets ausreichende Zahl von Nachwuchskräften, die es bis zum selbständigen Handwerker bringen, zu bekommen. Schon jetzt sind in zahlreichen Handwerkszweigen offene Lehrstellen unbesetzt geblieben. Eine Abwehr dieser Schwierigkeiten wäre durch stärkere Verbreitung des organisierten Junghandwerker-Sparens, verbunden mit zinsbegünstigten Existenzaufbau-Darlehen, möglich. Auch hier sind bereits wichtige Vorarbeiten geleistet worden, doch kann ein praktischer Erfolg, d. h. eine erstmalige Inanspruchnahme solcher Darlehen, frühestens 1957 eintreten, wenn nach mindestens dreijähriger Spardauer die Beanspruchung der Darlehensmöglichkeit gegeben ist.

Entscheidend für das Ausmaß der weiteren Aufwärtsentwicklung im Handwerk ist außer einer Lösung der behandelten Fragen letzten Endes aber ganz allgemein die Fähigkeit der Anpassung an die technische Weiterentwicklung sowie des Auffindens neuer Wege zur Überwindung der gerade dem handwerklichen Kleinbetrieb bisher anhaftenden wirtschaftlichen Schwächen. Die Aussichten für eine weitere Umsatzsteigerung im laufenden Jahr sind jedenfalls gegeben. In den ersten Monaten dieses Jahres konnte das Handwerk trotz der saisonbedingt zunächst schwachen Bautätigkeit bereits zufriedenstellende Umsätze erzielen, denn die Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs und nach Dienstleistungen, für deren Befriedigung wichtige Handwerkszweige tätig sind, entwickelte sich nicht ungünstig. Mit wachsender Bautätigkeit ist eine weitere Umsatzbelebung zu erwarten.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniensstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

*) D = Monatsdurchschnitt; E = Monatsende; M = Monatsmitte; S = Monatssumme. — *Kursive Zahlen*: Vorläufig oder geschätzt. — *) Berichtigte Zahl.
 1) Nur Zivilbeschäftigte. — 2) Index des Federal Reserve Board, bereinigt. — 3) Bereinigt, nur verarbeitende Industrie und Handel. — 4) Buchwerte. — 5) Gold
 zertifikate. — 6) 345 Städte. — 7) Commercial and Financial Chronicle, Neues Kapital und Konversionen. — 8) Standard and Poor's Corporation. — 9) Durchschnitts-
 kurse der bei der New York Stock Exchange notierten Werte. — 10) US Department of Labor. — 11) Verbraucherpreise, US Department of Labor. — 12) Index A
 des London and Cambridge Economic Service auf der Basis der gelieferten Warenmengen. — 13) Einheimische und ausländische Neu-Emissionen. — 14) Board of
 Trade. — 15) Ministry of Labour. — 16) Unterstützte Arbeitslose. — 17) Ohne Baugewerbe. — 18) Einschl. Notstandsarbeiter ohne Frost- und Schlechtwetterarbeitslose. —
 19) Economist. — 20) Noten neuer Ausgabe. — 21) Zur Zeichnung aufgelegte Summe. — 22) Täglicher Durchschnitt der kontrollierten Arbeitslosen. — 23) Saison-
 bereinigt. — 24) Vollarbeitslose. — 25) 12 Anleihen des Bundes und der Bundesbahnen.